2 Theorie und Methodik

2.1 Diskurs und Diskursanalyse

2.1.1 Wissenschaftliche Verortung von Diskursforschung

Diese Arbeit geht von grundlegenden Einsichten des *linguistic* und *cultural turn* in den Geistes- und Sozialwissenschaften aus, die einem Interesse an Diskurs als Forschungsgegenstand zugrunde liegen. Ausgehend von Philosophie, Linguistik und Semiotik begründet der *linguistic turn* Interesse an Sprache und ihrer Bedeutung. Sprache wird nicht als Spiegel oder Abbild der Realität, als transparentes oder neutrales Medium zur Erfassung und Kommunikation von Wirklichkeit angesehen; vielmehr wird ihre konstitutive Rolle für die Wirklichkeit betont, d.h. postuliert, dass Akteure über Sprache die Welt „nicht einfach beschreiben, sondern schaffen" und damit Wirklichkeit (oder Versionen der Wirklichkeit) aktiv herstellen (Hajer 2003: 272-273, vgl. Stierstorfer 1998: 312-313, Sarasin 2001: 53-54, Sieben 2009: 38-39).[20] Der *cultural turn be*schreibt durchaus heterogene Ansätze, die „kulturelle Bedeutungen", „symbolische Ordnungen" oder „gesellschaftliche Sinnstiftungen", deren Genese und Bedeutung in den Vordergrund stellen (vgl. Bachmann-Medick 2010, Keller 2005: 60-62). Diese gelten nicht als stabile Strukturen, sondern als historisch kontingente Konstruktionen, kommen in Diskursen und sozialen Praktiken zum Ausdruck und organisieren soziale Wirklichkeit. Gesellschaftliche Gegebenheiten wie Ereignisse oder Institutionen werden somit nicht als „harte Tatsachen" betrachtet, sondern im Licht der Deutungen von Akteuren, die diese erst konstituieren (Schwelling 2004a: 13, vgl. Konersmann 2003: 56-57, Reckwitz 2001: 25). Diese Perspektiven spiegeln sich im Interesse der Arbeit an der sprachvermittelten Wahrnehmung der Realität, an der sozialen und politischen Bedeutung von Argumentations- und Kommunikationsprozessen, an diskursiven Auseinandersetzungen als „soziale[n] Kämpfe[n] um Bedeutung" und an im Diskurs ausgehandelten Deutungen der Wirklichkeit (Keller et al. 2001a: 7).

20 Damit werden auch gängige Dualismen in Frage gestellt, so die Unabhängigkeit von Realität und ihrer Darstellung und von erkennendem Subjekt und erkanntem Objekt sowie der Gegensatz zwischen Wissen und Meinung (vgl. Sieben 2009: 38).

B. Weiten, *Wie denkt Amerika?,* Theorie und Praxis der Diskursforschung,
DOI 10.1007/978-3-658-06923-0_2, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Auch auf grundlegende Thesen des symbolischen Interaktionismus nach Blumer und der sozialkonstruktivistischen Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann greift die Arbeit zurück. Der symbolische Interaktionismus in der Soziologie geht davon aus, dass soziale Akteure auf Grund von Bedeutungen handeln, die sie materiellen und immateriellen Dingen zuweisen; diese Bedeutungen entstehen und verändern sich in sozialer Interaktion und werden in einem interpretativen Prozess ausgehandelt (vgl. Blumer 1986: 2, Vester 2001: 20-23, Mayring 2008: 29). Berger und Luckmann sehen in ihrem einflussreichen, treffend benannten Werk *The Social Construction of Reality* die Gesellschaftsordnung als „eine ständige menschliche Produktion"; Wirklichkeit und Wissen sind sozial konstruiert, d.h. von Menschen „gemacht", und stellen ein historisch entstandenes, kontingentes Resultat eines kontinuierlichen Prozesses der interaktiven gesellschaftlichen Objektivierung und Stabilisierung sowie der individuellen sozialisatorischen Aneignung dar (vgl. Berger & Luckmann 1982: 55, Keller 2009: 87, Keller 2005: 40-48). Damit können der symbolische Interaktionismus und die sozialkonstruktivistische Wissenssoziologie ein Interesse an Konstruktionsprozessen und Definitionskonflikten bezüglich politischer Probleme begründen.

Der Begriff Diskurs und die Methode der Diskursanalyse werden in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen – z.B. Linguistik, Soziologie, Psychologie, Kultur-, Geschichts- und Politikwissenschaften – verwendet und von Autoren theoretisch sehr unterschiedlich interpretiert sowie methodisch auf heterogene Weise umgesetzt.[21] Abzugrenzen ist der in dieser Arbeit verwendete Diskursbegriff[22] von einer Diskursanalyse als linguistischer Gesprächs- oder Konversationsanalyse, die als *discourse analysis* im angelsächsischen Raum innerhalb der Sprachwissenschaft entstanden ist und in erster Linie Prozesse des alltagspraktischen Sprachgebrauchs unter linguistischen Fragestellungen untersucht (vgl. Keller et al. 2001a: 10). Zudem ist er zu unterscheiden von Diskursethik als nor-

21 Zur Begriffsgeschichte von „Diskurs" vgl. Landwehr 2010a, Schalk 1997/98. Zu aktuellen Beiträgen zur Diskursforschung vgl. Keller 2004 als Einführung und Überblick, die Aufsatzsammlungen Keller et al. 2001b und 2003b als Handbücher zu Theorien, Methoden und Forschungspraxis sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse, Maset 2002, Sarasin 2003, Eder 2006, Landwehr 2008 und Landwehr 2010b zu historischen Diskursanalysen, die Monographie Nonhoff 2006 und die Anthologie Kerchner & Schneider 2006b, darin besonders Kerchner 2006, zu Diskursanalysen in der Politikwissenschaft, den Sammelband Glasze & Matissek 2009 zu Diskursforschung in der Humangeographie, die Aufsätze Diaz-Bone et al. 2007 und (aus kritischer Perspektive) Allolio-Näcke 2010 zu Stand und Perspektiven Foucault'scher Diskursanalysen sowie Laclau & Mouffe 2006 und Nonhoff 2007 zu postmarxistischer Diskurs- und Hegemonietheorie nach Laclau & Mouffe, die u.a. an Foucault und an Antonio Gramsci anschließt.

22 Vgl. Weiten (2010); dieser Aufsatz beruht auf den Ansätzen der damals in Arbeit befindlichen Dissertation.

mativem Ideal im Sinne des deutschen Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas und von der Diskurstheorie des französischen Philosophen und Historikers Michel Foucault. Habermas entwirft in seiner Theorie des kommunikativen Handelns ein Leitbild eines herrschaftsfreien Diskurses, das sich durch gleichberechtigte, hierarchiefreie Teilnahme aller Interessierten, Offenheit, Abwesenheit von externen und internen Zwängen, die Geltung des besseren Arguments und Verständigungsorientierung, d.h. das Ziel der Herbeiführung gegenseitigen Einverständnisses, auszeichnet; die Teilnehmer verhalten sich „vernünftig", sind argumentationsfähig und wahrhaftig, d.h. täuschen weder sich selbst noch andere, respektieren sich gegenseitig und versetzen sich in die Perspektive anderer. Dieses Ideal wird u.a. in Theorien deliberativer Demokratie und in der Mediationsforschung reflektiert und zur Analyse der Verzerrungen in realen, vermachteten oder asymmetrischen Kommunikationsprozessen eingesetzt (Habermas 1981, vgl. Blatter et al. 2007: 47-51, Keller 2004: 18, Spörndli 2004: 13-20).

Während Habermas' Diskursmodell verständigungsorientiert ausgerichtet ist, ist Foucaults Diskursbegriff sehr eng mit Macht verwoben, die als dezentral, allgegenwärtig, relational und produktiv verstanden wird und die Diskurse strukturiert und durch sie (re-)produziert wird. Foucault interessiert sich für die Beschränkung und Begrenzung von Diskursen, d.h. für die historisch spezifischen Formationsregeln, Ermächtigungs- und Ausschlusskriterien für Diskursteilnehmer, die sowohl eine Verknappung der sprechenden Subjekte als auch des „Sagbaren" bewirken. Er abstrahiert weitgehend von Akteuren als Textproduzenten und sieht Diskurse als durch kollektive Praxis hervorgebrachte, regelgebundene Aussagensysteme, die „systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen", d.h. die Wissensordnungen bzw. Wirklichkeit erst hervorbringen (Foucault 1981: 74, vgl. Blatter et al. 2007: 47-51, Maset 2002: 80-93, Diaz-Bone 2003, Keller 2004: 42-52).

Wesentliche Anleihen nimmt die Arbeit bei der wissenssoziologischen Diskursanalyse des Soziologen Reiner Keller, die die unterschiedlichen Perspektiven von Wissenssoziologie und von verschiedenen diskurstheoretischen Ansätzen, besonders der Foucault'sche Diskurstheorie, verknüpft und einen systematischen Vorschlag zur Analyse der „diskursiven Konstruktion symbolischer Ordnungen" unterbreitet (Keller 2008: 11). Die wissenssoziologische Diskursanalyse nach Keller untersucht „Prozesse der sozialen Konstruktion, Objektivation, Kommunikation und Legitimation von Sinn-, d.h. Deutungs- und Handlungsstrukturen" (Keller 2004: 57). Dabei interessiert sie sich für die sozio-historische Rekonstruktion von Diskursen, die Aufklärung über bestehende und verworfene Alternativen, für Ressourcen, Interessen und Strategien von Akteuren, für typisierbare Formen und Mechanismen von Diskursen und für deren gesellschaftliche Effekte (vgl. Keller 2005: 11-20, Keller 2004: 56-59).

Während Keller ein systematisches, wissenschaftshistorisch fundiertes Programm einer wissenssoziologischen Diskursanalyse vorlegt, orientiert sich der Diskursbegriff dieser Arbeit am spezifischen Gegenstandsbereich der Untersuchung, dem Wahlkampfdiskurs. Im Unterschied zu Habermas steht nicht eine ideale Kommunikationssituation im Blickpunkt, sondern es werden tatsächlich aufgetretene Äußerungen aus Wahlkämpfen untersucht, die nicht durch Gleichberechtigung aller Interessenten, sondern durch Dominanz politischer und medialer Eliten und nicht durch verständigungsorientiertes kommunikatives Handeln, sondern durch dazu in Opposition stehendes eigeninteressenorientiertes strategisches Handeln gekennzeichnet sind. Im Unterschied zu Foucault sieht die Arbeit mehr Einfluss und Handlungsspielraum für politische Akteure, während sie im Hinblick auf die Relevanz von Machtfaktoren, die Bedeutung von Regeln, Ermächtigungs- und Ausschlusskriterien des Diskurses und auf dessen wirklichkeitshervorbringende Wirkung an Erkenntnisse Foucaults anschließt.

Diskursanalysen bewegen sich grundsätzlich in einem Spektrum von strukturalistischen zu handlungstheoretischen Ansätzen. Der Strukturalismus betrachtet die gesellschaftliche Wirklichkeit „als Ergebnis anonymer Mächte", als Produkt von „symbolischen Ordnungen, sozialen Institutionen und materiellen Bedingungen", auf die Individuen keinen Einfluss auszuüben vermögen und die somit unabhängig von diesen bestehen (Waldschmidt 2003: 149). Folglich stellt er sich Ansätzen entgegen, die den Menschen und sein Handeln in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellen, so dass im Strukturalismus vom „Verschwinden des Menschen" hinter Strukturen (Weiß 2003: 1509) oder von einer Ontologisierung von Diskurs (Keller 2005: 10) gesprochen werden kann. Diskurse werden somit als „abstrakte […] Regelstrukturen" bzw. „kollektive Wissensordnungen" betrachtet, die Urheberschaft von Textproduzenten (sowie Interpretationsleistungen von Rezipienten) sind nicht von Interesse (Keller 2004: 14, 10 & 17). Strukturalistisch orientierte Diskursanalysen verknüpfen daher Diskursbeiträge nicht mit ihren Autoren und widmen sich weniger deren subjektiven Deutungsmustern und Sinngehalten, sondern fokussieren ihre Analyse auf die „formale Regelhaftigkeit" und die Strukturen der Diskursproduktion (Waldschmidt 2003: 150).

Handlungstheoretische Ansätze dagegen interessieren sich für das „intentionale und interpretative Verhalten von Akteuren" und sehen unser Verständnis von gesellschaftlichen Phänomenen als Produkt der „Intentionen, Situationsdefinitionen, Handlungen und Interaktionen von Akteuren" (Braun 2003: 416); damit betrachten sie die Wirklichkeit als Resultat des Zusammenspiels von Interaktionen und Interpretationen von Individuen (vgl. Waldschmidt 2003: 150). Sie nutzen häufig hermeneutische, d.h. „verstehende" Methoden, die vom individuellen Subjekt ausgehen und den „subjektiven Sinn" von dessen Handeln zu

verstehen suchen (vgl. Braun 2003: 419, Waldschmidt 2003: 150). Für Diskursanalysen impliziert dies ein Interesse an den Autoren von Diskursbeiträgen und an deren subjektiven Deutungen und Botschaften (vgl. Waldschmidt 2003: 150).

Diese Arbeit steht handlungstheoretischen Positionen deutlich näher, integriert aber auch gewisse strukturalistische Einsichten. Sie erkennt Akteuren Handlungsfähigkeit zu, sucht aber auch der Bedeutung von Strukturen, die den Spielraum von Akteuren beschränken, Rechnung zu tragen. So werden, im Gegensatz zur klassischen Hermeneutik, Texte nicht als „voraussetzungslose Ergebnisse eines einsamen schöpferischen Geistes" betrachtet (Waldschmidt 2003: 157); vielmehr werden die Produktionsbedingungen von Diskursbeiträgen ─ insbesondere ihre Bedingtheit durch einen situativen und zeitgeschichtlichen Kontext und durch Regeln und Zwänge der Aussagenproduktion ─, die ungleichen Ressourcen der Diskursakteure sowie die Beziehungen der Beiträge zueinander, also strukturtheoretische Faktoren, berücksichtigt. Gleichzeitig aber verbleibt dem individuellen Diskursakteur strategische Handlungsfähigkeit; innerhalb gewisser gegebener Strukturen kann er aktiv, regelinterpretierend und strategisch handeln, um unter Rückgriff auf gegebene Ressourcen seine Interessen über geeignete Deutungsangebote voranzutreiben.

In der Politikwissenschaft stellen Diskursanalysen ein eher „randständiges Thema" dar, *rational choice* und (neo-)institutionalistische Ansätze dominieren (Nullmeier 2001: 285-287, vgl. Nonhoff 2006: 30, Keller & Viehöver 2006: 109). Kulturelle Elemente und deren politische Bedeutung stehen im Vergleich zu institutionellen und strukturellen Faktoren lange im Hintergrund[23]; der *cultural turn* schlägt sich spät nieder und lange Zeit schwächer als in der Soziologie oder Geschichtswissenschaft (vgl. Bergem 2005: 25-26, Schwelling 2004a: 11). Dazu kommt eine eher gering ausgeprägte Diskussion über Methoden, eine begrenzte Rezeption bzw. weitgehende Ablehnung sozialkonstruktivistischer und poststrukturalistischer Theorien sowie eine widersprüchliche Rezeption von Michel Foucault als wirkmächtigstem Diskurstheoretiker. Strukturalistisch orientierte Diskursanalysen, wie besonders vom frühen Foucault praktiziert, stellen Ideen, Interessen und Intentionen von Akteuren zurück und sind daher schwer vereinbar mit einer politikwissenschaftlichen Perspektive mit ihrem Fokus eben auf Interessen und strategischem Handeln von Akteuren (vgl. Kerchner & Schneider 2006a: 11 & 18, Keller 2005: 77, Nullmeier 2001: 287).

23 Interesse an kulturellen Faktoren zeigt sich lange vor allem in der Forschung zu politischer Kultur, die traditionell auf individuelle Einstellungen fokussiert ist (vgl. Schwelling 2004a: 11 & 19-20).

Dennoch werden in der Politikwissenschaft traditionell auch Untersuchungen aus dem Gegenstandsbereich des politischen Diskurses betrieben, wenn auch unter anderen Oberbegriffen – wie Ideologiekritik, Inhaltsanalyse oder politische Symbolforschung (vgl. Brand 2003: 1929). Ein politikwissenschaftliches Interesse an Fragen der Konstruktion der Wirklichkeit sowie an der wirklichkeitskonstituierenden Macht von Ideen, Wissen, Argumenten oder Deutungen entwickelt sich ebenfalls weitgehend ohne Verwendung des Begriffes Diskurs (vgl. Keller 2005: 285, Kerchner & Schneider 2006a: 11, Nullmeier 2001: 286). So ist in den neunziger Jahren ein gemäßigter *cognitive* oder *argumentative turn* zu beobachten. Dieser hat wissensorientierte Ansätze als Gegenreaktion auf einen starken Fokus auf Interessengruppen und Klassen sowie auf das aus den Wirtschaftswissenschaften stammende Konzept des rationalen Eigennutz maximierenden Individuums mit gegebenen Präferenzen hervorgebracht. Im Rahmen dieser kognitiven Wende interessieren sich konstruktivistisch-diskursiv-interpretative Ansätze für Wissen, Ideen, Diskurse, Deutungsmuster, Ziele und Interpretationen politischer Akteure als soziale Konstruktionen (vgl. Nullmeier 2001: 286-290, Maier 2003: 25-77). Besonders in der *Policy*-Forschung zeigen sich verstärkt ideenbasierte Ansätze, die die Bedeutung von Sprache und Wissen hervorheben; dies schlägt sich in Reflektion zur narrativ-inhaltlich-argumentativen Dimension von *policies* nieder und in einem Interesse an politischen Programmentwürfen, Gesetzen und öffentlichen Äußerungen als Texten, als Quelle und Ausdruck von Ideen und auch als „Einsatz bzw. Ergebnis diskursiver Praktiken" (Blatter et al. 2007: 20-22, vgl. Kerchner 2006: 43). In der *Governance*-Forschung widmen sich wissens- und sprachbasierte Ansätze u.a. der Untersuchung von Argumentations- und Verhandlungsprozessen als Formen des Regierens, und in den internationalen Beziehungen interessieren sich konstruktivistische Ansätze für nicht-materielle Faktoren wie Ideen und Normen und für die „intersubjektive Konstruktion von gemeinsam geteilten Wirklichkeitskonstruktionen" (Ulbert 2005: 11, vgl. Kerchner & Schneider 2006a: 9, Kerchner 2006: 42).

Die Beziehung zwischen Diskurs und politischem Handeln ist nur schwer bestimmbar (vgl. Schwab-Trapp 2004: 265[24]); es können keine eindeutigen Ursache-Wirkungs-Beziehungen hergestellt werden. Dieses Problem der Erläuterung des Wirkungsprozesses, wie und in welchem Maße Diskurs polisches Handeln anleitet, legitimiert oder steuert, betrifft analog Untersuchungen, die eine Relevanz von Ideen, Ideologien, Weltbildern oder von Kultur im Allgemeinen postulieren und sich damit mit Forschungsgegenständen beschäftigen, die eher als Rahmenbedingungen denn als Ursachen für spezifisches politisches Handeln

24 „Die Bedeutung von Diskursen für soziales und politisches Handeln [wird bislang] eher metaphorisch behauptet als empirisch ausgewiesen." (Schwab-Trapp 2004: 265, Fußnote 4)

anzusehen sind. Dennoch lässt sich Interesse an Diskurs aus politikwissenschaftlicher Sicht so vertreten, dass in modernen demokratischen Gesellschaften politisches Handeln begründet, Legitimität gewonnen und Zustimmung mobilisiert werden muss, so dass das Ringen um politische Macht in immer stärkerem Maß als ein „sprachlich ausgetragener Kampf um politisch-kulturelle Deutungsmacht" abläuft (Brand 2003: 1930, vgl. Keller et al. 2001a: 8, Blatter et al. 2007: 18). Politische Probleme werden im Diskurs sprachlich in spezifischer Weise interpretiert und bewertet, so dass der Prozess der Definition von Politikproblemen und die Formulierung und Begründung von Politiklösungen zum Erklärungsgegenstand wird (vgl. Hajer 2003: 272-273).[25] Damit können Diskursanalysen eine aufschlussreiche Perspektive auf Interpretationskämpfe um Wirklichkeitsdefinitionen, Problemkonstitutionen und -bewertungen als zentrale Elemente des politischen Prozesses liefern. Zudem erschließen sie langfristige Voraussetzungen aktuellen politischen Handelns, indem sie als selbstverständlich angenommene, historisch gewachsene symbolische Ordnungen ermitteln, die sich in diskursiven Praktiken ausdrücken und die politischem Handeln zugrunde liegen; dazu zählen Identitätsvorstellungen, welche die Politik voraussetzt und bildet und die im politischen Diskurs konflikthaft ausgefochten werden (vgl. Reckwitz 2004: 34, Kerchner & Schneider 2006a: 10).

Auch zur Untersuchung politischen Wandels können Diskursanalysen hilfreich sein. Diskursbeiträge können über ihre Deutungsangebote dazu beitragen, den Status quo zu rechtfertigen und zu reproduzieren oder aber zu delegitimieren, zu transformieren und zu demontieren (vgl. Wodak et al. 1998: 43). Diskurse konstituieren einerseits einen Möglichkeitsraum politischen Handelns, indem sie bestimmte Handlungsoptionen vor dem Hintergrund ausgehandelter Wirklichkeitsdefinitionen und kollektiv anerkannter Deutungen als plausibel und legitim erscheinen lassen, andererseits setzen sie aber auch Schranken für Handlungsmöglichkeiten, indem diese ausgegrenzt und delegitimiert werden oder ihnen kein Zugang zu den massenmedialen Foren der Diskursverbreitung gelingt (vgl. Rudolf 1999: 71). Somit können Diskurse Handlungsoptionen, die auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse abzielen, beschränken, aber auch Wege

25 Der Auseinandersetzung um die Interpretation politischer Probleme widmen sich auch unterschiedliche Ausprägungen der *frame analysis*, die wesentlich auf Goffmann (1974) zurückgeht. *Frames* – Rahmungen oder Deutungsmuster – bezeichnen wahrnehmungsprägende kognitive Modelle, die Aspekte der Wirklichkeit in spezifischer Weise auswählen, betonen, kombinieren und kategorisieren. Der Berkeley-Professor George Lakoff stellt beispielsweise im Schnittfeld von Politik, Kognitionswissenschaften und Linguistik die Bedeutung der sprachlichen Konstitution politischer Probleme über Metaphern und *frame*s im politischen Wettbewerb zwischen Demokraten und Republikanern dar. Als Beispiel verweist er gerne auf den Begriff des „tax relief", der über den Begriff der „Erleichterung" Steuern als eine „Last" darstellt und damit als Handlungsoption eine steuerliche „Entlastung" nahe legt.

zu Erneuerungsprozessen öffnen (vgl. Hajer 2003: 289). Demzufolge können Diskursanalysen einen Beitrag dazu leisten, sowohl ermöglichende als auch restringierende Wirkungen von Diskursen auf politisches Handeln deutlich zu machen.

Im Hinblick auf das Erkenntnispotenzial von Diskursanalysen kann nicht der Anspruch erhoben werden, dass diese „Wahrheit" produzieren; vielmehr stellt eine Diskursanalyse selbst ein Aussageereignis oder einen Beitrag im Rahmen des sozialwissenschaftlichen Diskurses dar und unterliegt damit gewissen Strukturierungsprozessen, d.h. spezifischen Grenzen und Zwängen der Aussageproduktion (vgl. Keller 2004: 61). Sie muss sich an einen gewissen vorgegebenen Umfang, einen Zeitrahmen der Fertigstellung sowie an Kriterien der Wissenschaftlichkeit wie intersubjektive Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Vorgehens halten und mit begrenzten zeitlichen und materiellen Ressourcen arbeiten. Als wissenschaftlicher Beitrag, der sich mit dem Konstitutionsprozess von Wirklichkeit auseinandersetzt, stellt sie kein Abbild der Realität dar, sondern selbst eine sprachliche Konstruktion eines Wirklichkeitsausschnittes und damit ein Deutungsangebot (vgl. Blatter 2007: 27, Weller 2005: 36-37).

2.1.2 Charakteristika des Diskurs-Begriffs

Die Verwendung des Diskursbegriffes in dieser Arbeit verfolgt das Ziel, öffentliche Diskussionsprozesse während eines Wahlkampfes theoretisch zu konzeptionalisieren und empirisch zu analysieren; sie stützt sich auf zum Teil miteinander verwobene Erkenntnisse der oben genannten Autoren und Traditionen und auf weitere daran anknüpfende aktuelle Arbeiten in der Diskursforschung, die dem Gegenstand öffentlicher Diskussionen im Wahlkampf gerecht werden und deren Dynamik erhellen können. Die Charakteristika des Diskursverständnisses, die für diese Untersuchung zusammengestellt wurden ─ als von Akteuren produziert, interaktiv, konflikthaft, dazu öffentlich, elitengetragen und über die Medien verbreitet sowie gegebenen Produktionsstrukturen unterliegend und wirklichkeitskonstruierend ─ sollen im Folgenden erläutert werden; dabei werden diese Charakteristika auf den Kontext eines Wahlkampfes angewandt und mit Hilfe von konkreten Beispielen aus amerikanischen Präsidentschaftswahlkämpfen veranschaulicht.

Diskurs wird im Verständnis dieser Arbeit von Akteuren produziert; politische bzw. mediale Akteure formulieren die Beiträge, aus denen sich Diskurs aufbaut, und handeln dabei strategisch gemäß ihren eigenen Interessen (vgl. Keller 2004: 57, Brand 2003: 1930, Hajer 2003: 272). Sie konstruieren ihre Diskursbeiträge typischerweise mit dem Ziel, „möglichst breite öffentliche Reso-

nanz zu erzielen [und] sich selbst als legitime, verantwortungsbewusste Akteure" (Keller 2004: 36) zu präsentieren und so ihre Interessen und politischen Ziele durchzusetzen. Damit wird im Gegensatz zu einem strukturalistischen Diskursverständnis Akteuren als Handelnden Bedeutung zugemessen und ihnen – innerhalb gewisser Grenzen – Handlungsfähigkeit zugesprochen.

Aktives und strategisches Handeln lässt sich sowohl bei Präsidentschaftskandidaten als auch bei politischen Kommentatoren im Wahlkampf zeigen. Medienakteure wollen in ihren Beiträgen ihre Leser interessieren und überzeugen, ihren Zugang zu Kandidaten und sonstigen Informationsquellen aufrecht erhalten und in ihrer Arbeit von ihren Kollegen und Vorgesetzten akzeptiert werden (vgl. Perloff 1998: 280). Auch die Kandidaten handeln strategisch und interessengeleitet, indem sie versuchen, möglichst viele Menschen von ihrer Botschaft zu überzeugen und so Unterstützung und Wählerstimmen zu gewinnen. Dieses Ziel schlägt sich in der Professionalisierung der politischen Kommunikation im Wahlkampf nieder. So beschäftigen heutige Wahlkampagnen zahlreiche Experten für politische Kommunikation (z.B. für Public Relations, Demoskopie, Zielgruppenmarketing oder neue Medien) und übernehmen für ihre Wahlkampfführung moderne Marketingmethoden, wie Meinungsforschung, konsequente Themensetzung, Wählersegmentierung und zielgruppengenaue Ansprache. Als Beispiel für die strategischen Überlegungen hinter Wahlkampfäußerungen lässt sich die auf Umfragen und *focus groups* gestützte Empfehlung von Bill Clintons Beratern im Wahlkampf 1992 nennen, Clinton solle sich nicht in Details einzelner wirtschaftspolitischer Maßnahmen verlieren, die Interesse und Kenntnisse des durchschnittlichen Wählers überstiegen, sondern immer wieder auf die Kernbotschaft zurück kommen, dass sein politisches Programm „die Menschen" in den Mittelpunkt stelle. Dementsprechend betitelt Clinton sein Wirtschaftsprogramm „Putting People First" (Clinton-Kampagne 1992c) und erklärt in seiner Nominierungsrede vor der *Democratic National Convention* „putting people first" zum zentralen Anliegen seiner Kandidatur (Clinton 1992a).

Zweitens ist Produktion von Diskurs als ein Interaktionsprozess anzusehen**;** Diskursakteure orientieren sich in ihren Beiträgen an anderen Akteuren und beziehen sich implizit oder explizit aufeinander (vgl. Mehan et al. 1990: 135[26], Hajer 2003: 281). Sie weisen einander Positionen zu, werten konkurrierende Positionen ab oder greifen Bezüge zu unterstützenden Positionen auf, grenzen sich

26 „The relations between voices in public discourse take the form of a conversation […]. The process is essentially dialogic in that the actions of one speaker or voice are oriented to the […] performances of other voices – reacting, projecting, transforming, anticipating discourse of other speakers or voices […]." (Mehan et al. 1990: 135)

vom politischen Gegner ab oder nähern sich an potenzielle Verbündete an. Damit gehen die Akteure „Beziehungen der Konkurrenz, des Widerspruchs oder der wechselseitigen Unterstützung“ mit anderen Akteuren ein (Schwab-Trapp 2001: 273, 264 & 274, Keller 2004: 63). Ein Diskurs besteht somit „per definitionem nicht aus einem Text […], sondern aus einem Ensemble von Texten“, so dass die Bedeutung eines Diskursbeitrages nicht nur aus diesem selbst erwächst, sondern auch aus seinen Beziehungen zu anderen Beiträgen (Schwab-Trapp 2001: 264).

Dieser interaktive Prozess lässt sich im Wahlkampf beobachten, wenn Kandidaten auf Stellungnahmen politischer Gegner reagieren, diese kritisieren und sich von ihnen abgrenzen. *Rapid reaction*, d.h. die Fähigkeit, schnell Äußerungen der Gegenseite, insbesondere Angriffe auf den eigenen Kandidaten, beantworten zu können, gilt als ein wichtiges Instrument moderner Wahlkampfführung.[27] Unmittelbare Interaktion zwischen Kandidaten und Medienakteuren findet sich in den Fernsehdebatten, in denen die Kandidaten auf Fragen von Journalisten antworten, die Aussagen ihrer Kontrahenten kommentieren und teilweise in einen Dialog miteinander eintreten können.

Ebenso stehen Diskursbeiträge in den Medien, auch auf Grund ihres öffentlichen Charakters, in Beziehung zueinander; Kommentatoren verweisen in ihren Artikeln auf Aussagen von Politikern sowie von Kollegen in der eigenen Publikation wie in Konkurrenzmedien. Explizit deutlich macht die amerikanische Tageszeitung *USA Today* Beziehungen des Widerspruchs, indem sie *editorials*, unsignierte Kommentare von Seiten der Zeitung, und „opposing view“-Kolumnen einander gegenüberstellt. Interaktivität zeigt sich auch über Grenzen von Textsorten und medialen oder institutionellen Kontexten hinweg, so wenn ein von einer Wahlkampagne herausgegebenes *fact sheet* eine Rede des gegnerischen Kandidaten zitiert oder wenn Autoren in einem politischen Magazin zu Thesen in einem Zeitungskommentar oder in einer Kandidatenäußerung Stellung nehmen (vgl. Bush-Kampagne 1992l[28], Beinart 2004a: 6[29], Muravchik 1992: 22[30]).

---

27 Von einigen Kommentatoren wird die erfolgreiche Umsetzung von *rapid reaction* im *War Room* der Clinton-Kampagne von 1992 als einer der Schlüssel zu deren Erfolg angesehen.

28 So zitiert und kommentiert ein *fact sheet* der Bush-Sr.-Kampagne 1992 eine Interview-Äußerung Clintons zu Steuerpolitik: „[…] [he] blurted out that the [growth] proposal with which he agreed the most was the Democrats' tax bill […]. This is an amazingly candid admission by Clinton that the only economic growth proposals he can conceive of involve $100 billion plus tax increases […].“ (Bush-Kampagne 1992l)

29 Im Magazin *The New Republic* kommentiert der damalige *editor* Peter Beinart 2004 ein *editorial* des *Wall Street Journal*: „[…] conservatives think it's hypocritical for Kerry, who denounced the [Vietnam] war, to now take credit for having fought in it. As The Wall Street Journal editorialized this week, Kerry has ‚managed the oxymoronic feat of celebrating both his own war-fighting valor and his antiwar activities when he returned home.' But what's oxymoronic

http://www.springer.com/978-3-658-06922-3

Wie denkt Amerika?
Nationale Identität, Außen- und Wirtschaftspolitik im Wahlkampfdiskurs in den USA
Weiten, B.
2014, VIII, 527 S. 3 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-06922-3